

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Kleinert (Marburg) und der Fraktion DIE GRÜNEN

Rückstände aus Sprengstofffabrikation im Trinkwasser

Ende Juni 1987 hat der BUND (Bund Umwelt und Naturschutz Deutschlands) eine größere Öffentlichkeit auf die Umweltproblematik aufmerksam gemacht, die sich aus den Rückständen aus der Sprengstoffproduktion im Zweiten Weltkrieg für verschiedene Trinkwasservorkommen in der ganzen Bundesrepublik Deutschland ergeben. Wie die vom BUND vorgestellte Lagekarte der Sprengstoffwerke im ehemaligen Deutschen Reich erkennen läßt, befanden sich diese Sprengstoffwerke häufig in der Nähe größerer Trinkwasservorkommen. Da die Überreste der Spreng- und Kampfmittelfabrikation in großen Mengen im Außenbereich abgelagert und dann vergessen worden sind, stellt sich heute das Problem einer dauernden Überwachung und Aufbereitung des Trinkwassers. Meldungen über Rückstände aus der Sprengstoffproduktion im Trinkwasser an verschiedenen Orten der Bundesrepublik Deutschland häufen sich.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Ist der Bundesregierung bekannt, von welchem Ausmaß an Gefährdungen für unser Trinkwasser durch Rückstände aus der Sprengstoffproduktion im Zweiten Weltkrieg bundesweit vermutlich ausgegangen werden muß, und welche gesicherten Daten und Erkenntnisse stehen der Bundesregierung bisher zur Verfügung?
2. Was gedenkt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten zu tun, um diesen Gefährdungen zu begegnen?
3. Ist die Bundesregierung bereit, finanzielle Mittel zur Durchführung flächenhafter Erkundungen bei entsprechenden altlastenverdächtigen Gebieten bereitzustellen?
4. Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich im Gebiet von Stadtallendorf bei Marburg im altlastenverdächtigen Bereich die größten Trinkwasservorkommen von ganz Mittelhessen befinden und aufgrund der unmittelbaren Nähe der Trinkwasservorkommen zum ehemals größten Sprengstoffwerk in Europa eine besondere Gefährdung vorliegt?

5. Hat die Bundesregierung die Absicht, bei Altlastensanierung in diesem mittelhessischen Bereich selbst tätig zu werden?
6. Werden gegenwärtig bereits Forschungsvorhaben im Bereich Altlasten-Sprengstoffrückstände aus Bundesmitteln gefördert?
7. Wäre die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls eine solche Förderung von Forschungsvorhaben aufzunehmen?
8. Wäre die Bundesregierung bereit, Forschungsvorhaben im Bereich Altlasten-Sprengstoffrückstände im Bereich Stadtallendorf finanziell zu fördern?

Bonn, den 20. August 1987

Kleinert (Marburg)

Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion